



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

am 2. September 2010 begannen in den USA die neuen direkten Verhandlungen zwischen Mahmud Abbas und Benjamin Netanjahu. Die internationale Gemeinschaft beobachtet mit großem Interesse, aber auch mit einigen Sorgen, wie sich diese Gespräche entwickeln.

Nach den ambitionierten und weit gediehenen, letztlich aber doch gescheiterten Gesprächen im Anschluss an den Gipfel von Annapolis im November 2007 besteht die Sorge, dass auch die aktuellen Gespräche wieder ohne den Beschluss einer tragfähigen Vereinbarung beendet werden könnten. Dabei fehlt beiden Seiten nicht der gute Wille, und auch die Zielmarke ist klar und deutlich benannt: In der Region soll es künftig einen selbständigen palästinensischen Staat an der Seite des jüdischen Staates Israel geben. Und diese beiden souveränen Staaten sollen das jeweilige Existenzrecht und die gegenseitigen Sicherheitsinteressen uneingeschränkt anerkennen.

Traditionell sind die Palästinensischen Gebiete und Israel wirtschaftlich eng verbunden. Die von Netanjahu forcierte Politik des „wirtschaftlichen Friedens“ soll das angestrebte Ziel einer gemeinsamen wirtschaftlichen Prosperität unterstützen. Nicht nur für Israel und die Palästinenser würde ein Abkommen auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Friedensdividende abwerfen. Die ganze Region würde von einer möglichen neuen wirtschaftlichen Dynamik profitieren. Gerade das von der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise kaum betroffene Israel würde sich in der Region als Wachstumsmotor eignen und könnte die Keimzelle eines wirtschaftlich notwendigen, aber auch politisch wünschenswerten strukturellen Wandels im Nahen Osten bilden.

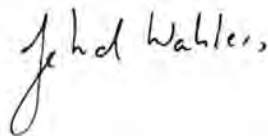
Es spricht jedoch wenig dafür, dass die aktuellen Verhandlungen kurzfristig diesen Durchbruch bringen werden. Zu stark sind die Widerstände in Israel, in den palästinensischen Gebieten, aber auch in anderen Ländern der Region, gegen die auf beiden Seiten notwendigen, als schmerzhaft empfundenen Kompromisse.

Schon im Vorfeld der Verhandlungen wurde deutlich, dass politischen Blockaden auf beiden Seiten den Verhandlungskontext ungünstig beeinflussen. Die Befristung des israelischen Siedlungsmoratoriums auf den 26. September hatte auf palästinensischer Seite von Beginn an die Befürchtung geweckt, dass die einflussreiche israelische Siedlerlobby den Verhandlungsspielraum Netanjahus stark einschränken würde. Die israelische Verhandlungsstrategie sieht die Siedlungen zwar traditionell als wichtige „Verhandlungsmasse“ an, aber die derzeitigen politischen Realitäten stimmen wenig optimistisch, dass diese Frage nicht doch eher ein erhebliches Störpotential bei den weiteren Gesprächen entfalten und sogar ihr frühzeitiges Scheitern verursachen könnte.

Auf palästinensischer Seite fallen die Rahmenbedingungen sogar noch ungünstiger aus. Keinen Millimeter haben sich Hamas und Fatah in den vergangenen Monaten aufeinander zu bewegt und die Spaltung zwischen Gazastreifen und Westbank hat sich eher noch weiter vertieft. Die äußerst negativen Reaktionen der Hamas auf den Beginn der Friedensgespräche haben zudem deutlich gemacht, dass die Hamas auch weiterhin nicht von ihrer traditionellen Blockadehaltung abweichen wird. Sie bevorzugt eine separatistische Entwicklung des Gazastreifens unter ihrer Führung und erkennt die Verhandlungsführerschaft

von Abbas prinzipiell nicht an. Aktuelle Umfragen belegen zwar den zurückgehenden Rückhalt der palästinensischen Bevölkerung für die Hamas sowohl im Gazastreifen, als auch im Westjordanland, aber dieser politische Trend wird Hamas eher zu einer Verhärtung der eigenen Position bewegen. Hamas verfügt über das größte Störpotential bei den Verhandlungen. Eine Verstärkung der Raketenangriffe aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium würde die Gefahr einer militärischen Konfrontation wahrscheinlicher machen und fast zwangsläufig das Ende der aktuellen israelisch-palästinensischen Gespräche bedeuten.

Die direkten Gespräche zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde sind ein kleiner, aber sehr wichtiger Baustein für die Entwicklung einer nahöstlichen Sicherheitsarchitektur. Sollten diese Gespräche scheitern, dann ist der Frieden in der Region nicht nur kurzfristig bedroht. Auch die langfristigen sicherheitspolitischen Herausforderungen, wie die Verhinderung einer weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten, hängen zumindest indirekt vom Erfolg dieser Gespräche ab. Ein Erfolg liegt somit letztlich im Interesse aller Staaten der Region – und nicht zuletzt auch im europäischen Interesse.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär